

V-04 Weitere Anträge

Antragsteller*in: Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales), Taylan Kurt (KV Mitte)

Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bekämpfen – differenzierte Antworten auf ein komplexes Problem

1 Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bekämpfen – differenzierte Antworten auf **2 ein komplexes Problem**

3 Niemand wird auf der Straße geboren, aber jeder Mensch kann auf der Straße
4 landen.

5 Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit^[1] kann viele von uns treffen. Zunehmend mehr
6 trifft es Menschen aus der „Mitte“ der Gesellschaft jeglicher Herkunft: Junge
7 Heranwachsende, Familien, Rentner*innen nach einem langen Arbeitsleben und
8 Frauen; hinzukommen verschuldete Menschen, Menschen nach Trennung / Scheidung,
9 Suchtmittelabhängige, Psychisch Kranke, Pflegebedürftige, Menschen mit
10 Behinderungen und EU-Bürger*innen. Sie verlieren z.B. ihre Wohnung, weil die
11 Mieten in Berlin durch die Decke gehen oder nicht vom Jobcenter übernommen
12 werden, weil viele Menschen trotz Arbeit arm sind, sie in der Krise sind und
13 „abtauchen“ und ihre Post schon länger nicht mehr öffnen, Hilfsangebote nicht
14 kennen oder sich schämen, diese in Anspruch zu nehmen.

15 Bis auf wenige Aussteiger*innen ist kaum jemand freiwillig obdachlos. Wir haben
16 hier einen gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag, diesen Menschen zu
17 helfen.

18 Besonders in den Innenstadtbezirken ist die Situation obdachloser Menschen
19 unübersehbar. Immer mehr Menschen campieren in Grünanlagen, unter Brücken, in
20 Hauseingängen oder schlafen neben Geldautomaten in Bankfilialen. Dies ist ein
21 unhaltbarer Zustand. Ihre Bedarfe und die Problemlagen erweisen sich in
22 einzelnen Stadtteilen als sehr differenziert. Seit Jahren steigt ihre Anzahl
23 rapide an und liegt mittlerweile bei geschätzt bis zu 10.000 Obdachlosen. Zu
24 lange haben Vorgängerregierungen den Mangel verwaltet und sich davor gedrückt,
25 nachhaltige Lösungen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu entwickeln.

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt eine emanzipative und solidarische Sozialpolitik.
27 Mit unserem Grundsatzprogramm haben wir uns dazu verpflichtet, dass wir „eine
28 politische Kultur der Solidarität entwickeln wollen, in der Respekt, Toleranz
29 und Hilfe sowie das Engagement für die Schwächsten selbstverständlich ist. [...]“
30 Vorrangiges Ziel unserer Politik ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu
31 vermeiden und die soziale Lage der am schlechtesten Gestellten zu verbessern.“
32 Diese Grundsätze müssen sich nicht nur im politischen Tagesgeschäft bewähren,
33 sondern gerade dann, wenn sozialpolitisches Handeln und sozialpolitische
34 Verantwortung durch besondere Umstände und Problemlagen herausgefordert werden.

35 Wir erwarten Differenzierung in der öffentlichen Debatte und haben den Anspruch
36 auch als Partei differenzierte Antworten zu geben und Lösungen anzubieten, die
37 mit unseren Grundüberzeugungen im Einklang stehen. Populistische und
38 alarmistische Aussagen wie die Forderung nach Abschiebungen von
39 Unionsbürger*innen sind für uns keine Lösung.

40 Mit dem kommenden Doppelhaushalt 2018/2019 investieren wir mehr in den Kampf
41 gegen Obdachlosigkeit als jemals zuvor. Gleichzeitig ist klar, dass der Bedarf
42 an niedrigschwelligen und zielgruppenspezifischen Angeboten, ob für Ältere,
43 psychisch Kranke, Drogen- und Alkoholabhängige, Familien oder wohnungs- und
44 obdachlose Unionsbürger*innen weiter hoch ist. Es braucht daher mehr Tempo bei
45 der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von
46 Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch die zuständige Senatsverwaltung. So gibt es
47 nach wie vor weder eine Wohnungs- und Obdachlosenstatistik als Teil einer
48 integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung, noch überarbeitete Leitlinien
49 der Wohnungslosenpolitik, die die Grundlage für eine gesamtstädtische
50 ressortübergreifende (z.B. Wohnen, Gesundheit und Pflege, Soziales, Jugend und
51 Familie, Finanzen) Strategie zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in
52 Berlin sein müssen. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, passgenaue und
53 bedarfsorientierte Lösungen für die vielfältigen Bedarfe zu entwickeln bzw.
54 vorhandene Angebote auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die politischen Ziele,
55 die in der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung festgeschrieben wurden, müssen
56 schnellstmöglich umgesetzt werden.

57 Der beste Weg Obdachlosigkeit zu bekämpfen ist Wohnungslosigkeit erst gar nicht
58 entstehen zu lassen. Hilfen für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen werden
59 durch unzählige Ämter nebeneinander angeboten. Ermessensspielräume der Jobcenter
60 bei der Übernahme von Miet- und Energieschulden werden zugunsten der Betroffenen
61 nicht genutzt. Auch kommen nicht die Hilfen zu den Betroffenen; deshalb brauchen
62 wir aufsuchende Sozialarbeit.

63 Daher wollen wir Hilfen „aus einer Hand“ mit ressortübergreifenden personell gut
64 ausgestatteten Fachstellen in Anlehnung an das „Karlsruher Modell“ in den
65 Bezirken. Hier sollen alle relevanten Stellen (Sozialämter, Jobcenter,
66 Jugendämter, Gesundheitsämter, bezirkliche Schuldner*innenberatungen,
67 geschütztes Marktsegment) koordiniert arbeiten.

68 Seit Jahren werden Wohnungslose lediglich „verwahrt“. Wir wollen durch
69 weitergehende Qualitätsstandards, durch Beratung und Begleitung, einem
70 obligatorischen Clearing, der Bevorzugung gemeinnütziger BetreiberInnen und der
71 Errichtung von Bewohner*innenbeiräten die Situation in den Unterkünften
72 verbessern. Ebenso unterstützen wir innovative Konzepte und sehen im Housing-
73 First-Ansatz ein Modell, mit dem insbesondere obdachlose Frauen besser
74 unterstützt werden können. Wer auf der Straße lebt und keinen Zugang zu
75 sanitären Einrichtungen und einer medizinischen Versorgung hat, wird krank und
76 dessen Lebenserwartung sinkt rapide. Daher brauchen wir ein niedrigschwelliges
77 Angebot zur gesundheitlichen Versorgung und ein mobiles Hygieneangebot (Duschen
78 auf Rädern). Für eine nachhaltige Bekämpfung der Wohnungslosigkeit brauchen wir
79 dringend ausreichend bezahlbaren Wohnraum.

80 Die aktuelle Situation Obdachloser spiegelt nicht nur die sich verschärfende
81 Armut in Berlin, sondern unzweifelhaft auch das soziale Gefälle in Europa
82 wieder. Für eine nachhaltige Armutsbekämpfung brauchen wir eine europäische
83 Sozialpolitik. Darum brauchen wir eine bessere und europäisch geregelte soziale
84 Absicherung der Freizügigkeit, um die regionalen Unterschiede in den
85 Lebensverhältnissen langfristig wirksam zu bekämpfen. Hierfür sind eine stärkere
86 Koordinierung und europäische Standards im Bereich der sozialen Sicherung und im
87 Bereich des Arbeitsmarktes unerlässlich. Wir sehen uns als Berliner Grüne in der
88 Pflicht, diesen Menschen in ihrer Notsituation konkret zu helfen. Dafür wollen
89 wir die aufsuchende Sozialarbeit weiter stärken. Klar ist aber, dass wir die

90 Menschen so schnell wie möglich in etablierte, funktionierende Hilfestrukturen
91 überführen müssen.

92 Wir müssen in der Lage sein jeweils einzeln für jeden Menschen festzustellen,
93 welche Ansprüche auf Sozialleistungen bestehen und welche Strukturen genutzt
94 werden können. Um dies zu leisten wollen wir eine aus Landesmitteln finanzierte
95 Clearingstelle für Unionsbürger*innen einrichten. Hier sollen Sprach- und
96 Beratungskompetenzen gebündelt werden.

97 Die Große Koalition hat Ende vergangenen Jahres den Zugang von
98 Unionsbürger*innen zu Sozialleistungen drastisch eingeschränkt und sie, wenn sie
99 noch nicht ausreichend lange in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgegangen
100 sind, pauschal für die ersten fünf Jahre von Grundsicherungsleistungen und
101 grundsätzlich auch von Sozialhilfe ausgeschlossen. Unsere grüne
102 Bundestagsfraktion hat dies scharf kritisiert. Der Bund schleicht sich aus der
103 Verantwortung und drängt Menschen in Notlagen. Viel sinnvoller wäre es, klar zu
104 definieren, dass Unionsbürger*innen nach drei Monaten Zugang zu Leistungen aus
105 dem SGB II und dem SGB III erhalten können, wenn sie eine Verbindung zum
106 hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben und aktiv nach Arbeit suchen – sowohl
107 finanziell wie auch bei Beratung, Qualifikation und Vermittlung. Dies bedeutet
108 keine bedingungslose Öffnung der deutschen Sozialsysteme, aber zeigt gangbare
109 Wege auf, Menschen Unterstützung zu geben und Kommunen mit den Aufgaben nicht
110 allein zu lassen.

111 Wir sind uns bewusst, dass dieser Weg in einer Zeit, in der Deutschland und
112 Europa nach rechts rücken, nicht auf schnellen Applaus hoffen kann. Wir zweifeln
113 aber keine Sekunde daran, dass dieser Weg der richtige ist. Wir lassen uns nicht
114 dazu treiben Probleme auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen. Wir helfen
115 Menschen vor Ort mit allen Mitteln, die wir haben. Und wir reißen die
116 Freizügigkeit in Europa nicht aus Angst vor rechtem Populismus nieder, sondern
117 richten klare Forderungen an den Bund und kämpfen für ein sozialeres Europa.

118 [1]Obdachlosigkeit: „Als obdachlos gelten Menschen, die auf der Straße leben, an
119 öffentlichen Plätzen wohnen, ohne eine Unterkunft, die sich in Verschlagen,
120 Parks oder unter Brücken etc. aufhalten. Obdachlos sind aber auch Menschen in
121 Notunterkünften, die keinen festen Wohnsitz haben und in Wärmestuben,
122 Notschlafstellen oder anderen niedrighschwelligten Einrichtungen übernachten.“
123 (BAG Wohnungslosenhilfe)

124 Wohnungslosigkeit: „Als wohnungslos gelten Menschen, die in Einrichtungen
125 wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und in denen keine
126 Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen, wie z.B. Übergangwohnheime, Asyle und
127 Herbergen, aber auch Übergangswohnungen. Auch Frauen und Kinder, die wegen
128 häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben und kurz- bis mittelfristig in
129 einer Schutz Einrichtung beherbergt sind, wie z.B. in Frauenhäusern, sind
130 wohnungslos (...“ (BAG Wohnungslosenhilfe)